



Pressemitteilung der Gewerkschaft der Polizei vom 23.01.2008

24. Neujahrsempfang der Gewerkschaft der Polizei (GdP) GdP kritisiert Landesregierung

Zahlreiche Gäste aus der Landespolitik und der Polizeiführung konnte der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Josef Schneider, am Mittwochnachmittag in der Gemeindehalle in Eberdingen-Hochdorf, dem Sitz der GdP-Landesgeschäftsstelle, begrüßen. Unter den Gästen waren u.a. Innenminister Herbert Rech (CDU), der erste Landtagsvizepräsident Wolfgang Drexler (SPD) und der SPD-Fraktionsvorsitzende Claus Schmiedel.

In seiner Begrüßungsrede kritisierte der GdP-Landesvorsitzende insbesondere den Stellenabbau bei der Polizei in Baden-Württemberg. Nach Ansicht der GdP muss der mit Jahresbeginn eingeleitete Stellenabbau beim Polizeivollzugsdienst des Landes gestoppt werden, weil sich ein Stellenabbau bei der Polizei nicht mit den ständig steigenden Belastungen und mit der bedrohlich steigenden Gewaltneigung gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte im polizeilichen Alltag und schon gar nicht mit der auch öffentlich immer wieder beschworenen Terrorgefahr vertrage. Ebenso wenig auch nicht mit der „gefühlten Sicherheit“ („Unsicherheit“) unserer Bürgerinnen und Bürger, wie nicht nur die aktuellen vom Wahlkampf in Hessen überschatteten Diskussionen um den Anstieg der „Jugendgewalt“ zeigen.

Schneider: „Die Botschaft des Stellenabbaus – und damit der Schwächung der Polizei - werden wir immer und immer wieder öffentlich so verkünden. Wir wünschen uns ausdrücklich eine sachliche Diskussion und wären deshalb sehr froh, wenn sich unsere Landesregierung bereits vor dem nächsten Wahlkampf zu einer Änderung ihrer Personalpolitik für die Polizei – und auch für die Justiz – aufrufen könnte. Unsere Bürgerinnen und Bürger wünschen sich mehr Polizei und nicht mehr private Sicherheitsdienste, dessen bin ich mir absolut sicher.“

Nach wie vor aber gilt unsere Aussage, dass unsere Landesregierung – mit dem Segen des Landtags – Stellen bei der Polizei abgebaut hat und noch weiter abbauen wird.

Bis zum Jahr 2010 werden nach der heutigen Beschlusslage 912 Stellen des Polizeivollzugsdienstes im Land abgebaut. 331 davon Stellen sind mit Jahresbeginn bereits weggefallen. Allein durch den Bevölkerungszuwachs in Baden-Württemberg wird die rechnerische Einsparverpflichtung aus der Arbeitszeitverlängerung, die von der Landesregierung immer wieder als Begründung für ihr Handeln verwendet wird, längst mehr als kompensiert. Deshalb stellte der GdP-Landesvorsitzende fest:

„Die aktuelle Lage würde es bei nüchterner Betrachtung sogar erforderlich machen, die Polizei zu verstärken – wir kämpfen aber immer noch um den Erhalt der bisherigen Polizeistärke.“

Auch im sog. „Nichtvollzugsdienst“ der Polizei müssen nach den gefassten Beschlüssen immer noch ca. 250 Stellen abgebaut werden, obwohl von der Landesregierung öffentlich ein anderer Eindruck erweckt wird. Dies schwächt die Polizei genau so wie der Stellenabbau im Polizeivollzugsdienst, der zum 01.10.2008 begonnen hat.

„Polizeipräsenz ist ein unverzichtbares Mittel der Prävention. Weniger Polizeibeamte angesichts seit langem zu beobachtender Gewaltanwendung ist ein schwerer Fehler. Niemand kann sagen er habe es nicht gewusst. Die Polizeigewerkschaften haben immer und immer wieder darauf hingewiesen. Die öffentliche Sicherheit darf nicht zur Reservekasse für die öffentlichen Haushalte werden“, schrieb der ehemalige Bundesminister Hans-Dietrich Genscher vor wenigen Tagen in einem Beitrag für den „Berliner Tagesspiegel“.

Diese exakte Beurteilung der Lage durch den ehemaligen Bundesinnenminister trifft den „Nagel auf den Kopf“.

Herausgeber:
Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Baden-Württemberg
Maybachstr. 2
71735 Eberdingen-Hochdorf

Rufnummer für Rückfragen:
Josef Schneider, Landesvorsitzender, Tel. Nr. für Rückfragen 07042/879-200 oder 0171/4669911